

ZWISCHEN KRIEG UND WAHLEN. UNSICHERE PERSPEKTIVEN FÜR DIE WEITERE ENTWICKLUNG IN LIBYEN

Malte Daniljuk, Referent für internationale Politik und soziale Bewegungen

Am 7. Juli 2012 werden in Libyen die ersten Wahlen seit dem Sturz von Muammar al Gaddafi stattfinden. Die zu wählende Allgemeine Nationalversammlung löst die provisorischen Institutionen ab, die sich während des Bürgerkriegs gebildet haben. Sie soll die nächsten Schritte des Übergangs demokratisch legitimieren: einen Premierminister sowie eine Regierung ernennen und ein verfassungsgebendes Organ bilden, das einen Vorschlag für eine neue Verfassung ausarbeitet. Über diesen Verfassungstext soll anschließend in einer Volksabstimmung entschieden werden. Innerhalb von sechs Monaten nach Annahme dieser neuen Verfassung sind Neuwahlen anzusetzen.

Bis zum 21. Mai 2012 ließen sich nach Angaben der [Nationalen Wahlkommission](#) mit 2,7 Millionen Personen etwa 80 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung als Wähler registrieren. Zugelassen sind 2.600 Einzelkandidaturen und 350 parteipolitische Organisationen in 150 Listen. Die Wahl wird vom Nationalen Übergangsrat (National Transition Council, NTC) und der United Nations Special Mission In Libya (UNSMIL) durchgeführt, die neben logistischer Beratung vor allem für Unterstützung mit Wahlmaterialien sorgte, u.a. Urnen und Stimmzetteln aus Belgien bereitstellte. Das Land wurde in dreizehn Abstimmungsbezirke unterteilt, in denen am kommenden Samstag 1.500 Wahlbüros eröffnet werden sollen.

Ursprünglich hätte die Wahl zur Nationalversammlung bereits am 19. Juni durchgeführt werden sollen, sie musste jedoch aufgrund von massiven Sicherheitsproblemen in einigen Regionen des Landes verschoben werden.

Dieser Vorgang verweist auf das zentrale Problem der Übergangsperiode: Die Gesellschaft des nordafrikanischen Landes treibt seit dem Bürgerkrieg und der ausländischen Intervention immer weiter auseinander. Regionale, politische und religiöse Differenzen bestimmen den Alltag und äußerten sich während der letzten Monate zunehmend wieder in gewalttätigen Auseinandersetzungen. Dem Nationalen Übergangsrat und der von ihm eingesetzten Übergangsregierung fehlt es offensichtlich an Legitimität, der Aufbau demokratischer Institutionen kommt nur langsam voran. Bei der Entwicklung des parteipolitischen Spektrums zeichnet sich eine Lagerbildung zwischen nationalistischen und religiösen Parteien ab.

Während die Ölproduktion im Osten des Landes und auch die außenwirtschaftlichen Beziehungen überraschend schnell wieder hergestellt wurden, weisen die öffentliche Verwaltung und insbesondere das Rechtssystem gravierende Defizite auf. Nach dem Kriegsende hat sich vielerorts eine Willkürherrschaft lokaler Milizen etabliert, unter der vor allem ethnische Minderheiten, Migranten und einzelne, nicht integrierte, Anhänger des alten Regimes zu leiden haben. Verschiedene Zwischenfälle weisen darauf hin, dass

militante Islamisten starke Aktivitäten in Libyen entfalten, ein Umstand der bei der Regierung der benachbarten Länder mit großer Sorge verfolgt wird.

DER NATIONALE ÜBERGANGSRAT

In den vergangenen Monaten war der Nationale Übergangsrat (NTC) das Zentrum des politischen Handelns in Libyen. In ihm sind alle die meisten Interessensgruppen des Landes vertreten, allerdings mit sehr unterschiedlichem Gewicht. Der Rat wurde bereits in den ersten Tagen nach Beginn der Unruhen in Bengasi am 17. Februar 2011 gegründet. Seine wichtigsten Repräsentanten bekleideten hohe Funktionen im Gaddafi-Regime. Hinzu kamen Vertreter der Exil-Opposition, vor allem aus Großbritannien und den USA, Repräsentanten der verschiedenen islamistischen Strömungen sowie einzelne Aktivisten aus dem jungen zivilgesellschaftlichen Spektrum. Dem inzwischen 81 Personen starken Gremium gehören zwei Frauen an. Von den vier historischen Fraktionen der libyschen Politik – dem sozialistisch inspirierten Umfeld der Gaddafi-Familie, dem Sicherheitsapparat, einer westlich orientierten Wirtschaftsfraktion und einer islamisch-konservativen Strömung – sind die letzten drei im NTC vertreten, wobei ehemaligen Funktionären aus den Justiz- und Sicherheitsinstitutionen eine Schlüsselrolle bei der Gründung des Rates zukam.

Unmittelbar nach dem Beginn der Proteste in der östlichen Küstenmetropole Bengasi am 17. Februar 2011 traten mehrere namenhafte Repräsentanten der libyschen Politik zurück und schlossen sich der Opposition an, darunter Gaddafis Innenminister Abdul Fattah Junis, Justizminister Mustafa Abdul Jalil, der Generalstaatsanwalt Abdul Rahman al Abbar und der ehemalige Geheimdienstchef Abdel Moneim el Honi. Diese Personen teilen nicht nur herkunftsbedingte Gemeinsamkeiten – sie stammen aus dem Osten Landes, der Cyrenaica, – sondern waren in den vergangenen 20 Jahren beruflich eng mit der Sicherheitspolitik und den Außenkontakten des Gaddafi-Regimes betraut. Sie besetzen bis heute Schlüsselpositionen im NTC (Vorsitz, Wirtschaft, Außenpolitik). Abdul Fattah Junis war bis zu seiner Ermordung im Juli 2011 für militärische Angelegenheiten verantwortlich.

Sein Tod ist gleichzeitig ein Symbol für die schwierigen Verhältnisse innerhalb des NTC: Der Übergangsrat hatte ihn zum Militärführer ernannt, später war er als [Generalstabschef zuständig für die Kontakte mit den alliierten Armeeführungen](#), nachdem er sich zunächst gegen die Führungsansprüche des aus den USA zurückgekehrten Ex-Generals Khalifa Heftar durchgesetzt hatte. Im Juli 2011 wurde er auf dem Weg zu einer richterlichen Anhörung in Bengasi gemeinsam mit mehreren seiner Offiziere erschossen. Der NTC kündigte eine Untersuchung an und beauftragte die Militärstaatsanwaltschaft der Ost-Region mit den Ermittlungen. Deren erster Zeuge, der damals für die Vorladung zuständige Richter, wurde vor zwei Wochen, am 21. Juni 2012, ebenfalls in Bengasi erschossen.

Die meisten Beobachter führen den Vorfall auf anhaltende Machtkämpfe innerhalb des NTC zurück. Dabei steht die zweite große Fraktion politisch und biografisch der Führungsgruppe durchaus nahe. Es sind die ehemaligen Mitarbeiter von Gaddafis Sohn Saif al-Islam, die unter der alten Regierung einen am Westen orientierten Modernisierungskurs verfolgten. Zu dieser Gruppe gehören u.a. der ehemalige Wirtschaftsminister Ali al Issawi und Mahmoud Jibril, der bereits im Jahr 2007 aus den USA kommend in den Nationalen Rat für wirtschaftliche Entwicklung berufen worden war. Er gehört zu den Gründungsmitgliedern des Übergangsrates und handelte im März 2009 als informeller Außenminister die Unterstützung Frankreichs aus, als die

Aufständischen [trotz verdeckter militärischer Hilfe durch Großbritannien](#) von der regulären libyschen Armee aufgerieben zu werden drohten. Später leitete Mahmoud Jibril den Exekutivrat des NTC. Diese Funktion legte er im Oktober 2011 nieder, um „für eine politische Aufgabe nach dem Abschluss der Übergangsphase“ zur Verfügung zu stehen.

DAS WAHLGESETZ

Das Wahlgesetz und die Vorbereitung der Infrastruktur für den Wahlgang gehörte zu den zentralen Projekten des NTC in den vergangenen Monaten. Das am 29. Januar 2012 veröffentlichte Wahlgesetz legt fest, dass die Nationalversammlung aus 200 Abgeordneten bestehen soll. Davon werden in einem gemischten Abstimmungssystem 120 Sitze über Wahlkreise an regionale Kandidaten vergeben, nur 80 Abgeordnetensitze sind für Personen der Parteilisten bestimmt. Damit wird die Nationalversammlung vorläufig stärker die Rolle einer regionalen Interessensvertretung als einer parteipolitisch geprägten Institution einnehmen.

Die Fassung für das Wahlgesetz musste in den letzten Monaten mehrmals angepasst werden, da der ursprüngliche Vorschlag vom 1. Januar 2012 sowohl aus der Frauenbewegung als auch von verschiedenen Parteien scharf kritisiert wurde. Wichtigste Streitpunkte waren die Frauenquote und die Gewichtung parteipolitischer Interessen. Auch die Frage, welche Personen von der Kandidatur ausgeschlossen werden, war heftig umstritten.

Neben Familienangehörigen der Gaddafi-Familie sollte nach der ersten Gesetzesfassung auch sämtlichen Mitgliedern der Übergangsräte eine Rolle im neuen Parlament verwehrt werden, um zu verhindern, dass Akteure des NTC die Regularien des Übergangs in ihrem Sinne beeinflussen. Der aktuellen Fassung des Wahlgesetzes zufolge gilt der Ausschluss nur noch für Mitglieder des Nationalen Übergangsrates, Angehörige lokaler und regionaler Räte können sich zur Wahl aufstellen lassen. Diese Regelung führte dazu, dass zahlreiche Mitglieder des NTC, die auf Dauer eine politische Karriere anstreben, das Gremium unter verschiedenen Vorwänden verließen.

Besonders umstritten war die Aufteilung zwischen regionalen und parteipolitischen Mandaten. Nachdem ursprünglich eine Aufteilung von 136 zu 64 Sitzen zugunsten politischer Parteien vorgesehen waren, argumentierten Vertreter der Zivilgesellschaft, diese Regelung stelle einen Anreiz dar, regional-politisch ausgerichtete Parteien zu gründen, die von Stammesinteressen geprägt seien. Stattdessen wäre es besser den Anteil an Regionalmandaten zu erhöhen. Da diese Maßnahme der Entwicklung einer Parteiendemokratie wenig dienlich ist, [sehen viele Beobachter ein anderes Motiv](#) hinter dieser Forderung: Bisher ist stärkste landesweit organisierte parteipolitische Kraft die Partei der Muslimbrüder, Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung. Weil ihr bei den relativ kurzfristig anberaumten Wahlen sehr große Erfolgsaussichten eingeräumt werden, einen sehr hohen Anteil der parteigebundenen Mandaten zu gewinnen, stellt deren Einschränkung eher einen Versuch dar, einen dominanten Einfluss der Muslimbrüder auf die neue Nationalversammlung und den verfassungsgebenden Prozess zu verhindern. Die nun geltende Aufteilung, 120 zu 80 Sitze zugunsten der Regionalmandate, stärkt zwar nicht die landesweite politische Integration, verhindert möglicherweise aber die Dominanz einer einzelnen politischen Kraft im bevorstehenden Neugründungsprozess.

Wie groß die Sorge um eine mögliche Dominanz islamischer Kräfte ist, illustriert ein Zwischenfall vor dem Beginn der Wählerregistrierung. Der NTC erließ am 24. April eine

Verordnung zur Umsetzung des Wahlgesetzes, welche nicht nur die parteipolitische Repräsentation bestimmter Volksgruppen, Regionen oder Stämme verbot, sondern es auch untersagte, religiöse Parteien zu gründen. Nach massiven Protesten revidierte der Übergangsrat die Klausel nur eine Woche später, wobei sein Vorsitzender, Mustafa Abdul Jalil, freimütig einräumte, man habe „dem Druck der Straße nachgegeben“. Die Einschränkung, dass Parteien weder Ableger ausländischer Parteien sein, noch Finanzmittel aus dem Ausland erhalten dürfen – auch dies Beschränkungen, die vor allem auf die islamischen Kräfte zielen – wurde jedoch aufrecht erhalten.

Außerdem sollten nach dem ersten Entwurf nur zehn Prozent der Sitze für Frauen vorbehalten bleiben, die auch nur ausgeschöpft worden wären, wenn ausreichend Kandidatinnen ein Mandat erringen. Diese Regelung wurde u.a. von der „[Libyschen Frauen-Plattform für den Frieden](#)“ als unzureichend kritisiert. Im aktuell gültigen Wahlgesetz müssen die Kandidaturen der politischen Parteien zu jeweils gleichen Anteilen mit Frauen und Männern besetzt sein, eine Quotierung der Mandate entfällt. Diese Norm führte tatsächlich dazu, dass sich für die 80 politischen Mandate 540 Frauen und 662 Männer bewerben. Bei den nicht quotierten regionalen Mandaten stehen 85 Bewerberinnen allerdings 2415 männlichen Kandidaten gegenüber.

PARTEIEN IN GRÜNDUNG

In der Einschreibefrist kam es zu einem Boom an parteipolitischen Neugründungen. Eine Stabilisierung des Parteienspektrums ist aber erst infolge der kommenden Wahlgänge zu erwarten. Allerdings zeichnet sich anhand der neu gegründeten Parteien bereits eine Lagerbildung zwischen nationalistischen Parteien und Islamisten ab. Das säkulare Spektrum bildet keine erkennbare eigene Kraft. Ob sich die verschiedenen Initiativen im Verlaufe der parlamentarischen Neugründung zu einer selbständigen Formation entwickeln, bleibt abzuwarten.

DIE NATIONALISTISCHEN PARTEIEN

Die bisher stärkste Kraft unter den nicht vordergründig religiösen Parteien ist die im Februar 2012 gegründete Allianz Nationaler Kräfte (Tahaluf al-Quwah al-Wataniya). Das Parteienbündnis nimmt für sich in Anspruch, 58 politische Organisationen und 230 Gruppen der Zivilgesellschaft zu repräsentieren. Mit landesweit 70 Kandidaturen ist die Allianz die nach den Muslimbrüdern die am breitesten aufgestellte politische Kraft. Der Generalsekretär der Allianz ist Mahmoud Jibril, aus dem alten Lager der Wirtschaftsreformer. Das Bündnis betont, dass es nicht für einen singulären ideologischen Ansatz steht und sowohl säkularen als auch religiösen Gruppen eine Heimat bietet. Bei seinen öffentlichen Auftritten in den vergangenen Wochen setzte sich Mahmoud Jibril für den Schutz der nationalen Einheit des Landes ein, wobei er betonte, dass die regionalen Besonderheiten durch ein föderales System gesichert werden sollen. Ebenso verspricht Jibril gleichzeitig die wirtschaftliche Entwicklung zu befördern und gleiche bürgerliche und soziale Rechte für alle Libyer zu schützen. Zwar verfolgt die Partei ein betont wirtschaftsliberales Programm, u.a. spricht sie sich für die Privatisierung vormals staatlicher Unternehmen aus, sie versucht sich jedoch offensiv als Catch-All-Partei zu etablieren.

Während sich in der Allianz Nationaler Kräfte vorwiegend autochthone politische Kräfte zusammengeschlossen haben, sind in der Nationalen Front (Hizb al-Jabha al-Wataniya) sehr viele Politiker vertreten, welche die vergangenen Jahrzehnte in den USA und Großbritannien im Exil verbrachten. Die Front wurde im Mai 2012 als Nachfolger stärksten säkularen Oppositionspartei gegen Gaddafi gegründet, der Nationalen Front für die Rettung Libyens, die 1981 von Muhammad Yusuf al Muqaryif und Ibrahim Abdulaziz Sahad gegründet worden war – beides ehemalige Diplomaten der Gaddafi-Regierung. Die Gruppe führte einen bewaffneten Kampf gegen die alte Regierung und steht im Ruf von Saudi Arabien, den USA und Großbritannien unterstützt worden zu sein, ein Makel, der das Image der Organisation bis heute trübt. In London befand sich ihre Auslandszentrale, in den USA führte die Partei ihre Kongresse durch. Die Nationale Front ist in allen größeren libyschen Städten vertreten und hat mit 45 Personen (davon 22 Frauen) vergleichsweise wenige Kandidaten aufgestellt. Programmatisch folgt die Organisation westlich liberalen Werten.

Neben diesen beiden großen Parteiorganisationen bestehen zahllose kleine Projekte, die sich als nationalistisch bezeichnen. Der ehemalige Zuständige für Öl und Finanzen im Übergangsrat, Ali Tarhuni, gründete die Zentristische Nationalpartei (43 Kandidaten), kündigte jedoch gleichzeitig an, im Falle von deren Wahlsieg die Allianz Nationaler Kräfte zu unterstützen. Tarhuni verbrachte sein Exil in den USA und löste Mahmoud Jibril nach dessen Rücktritt von der Führung der Übergangsregierung ab. Wegen der hohen Anzahl von ehemaligen Mitgliedern der Libyschen Islamischen Kampfgruppe (LIFG) gilt die Zentristische Nationalpartei als einer ihrer „politischen Arme“. Zum nationalistischen Lager gehört außerdem die im Januar gegründete Gipfel-Partei (Hizb al-Qimmah) des Milizenführers Abdullah Naker aus Tripolis, der den dortigen Militärrat leitet und eigenen Angaben zufolge etwa 20.000 Milizangehörige kontrolliert.

DAS ISLAMISTISCHE LAGER

Die gegenwärtig größte politische Partei in Libyen ist die Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (auch Partei für Gerechtigkeit und Aufbau, Hizb al-Adala wa al-Bina) als der politische Arm der Muslimbrüder in Libyen. Die Organisation ist in Libyen seit 1948 aktiv, befand sich allerdings bis vor kurzem in der Illegalität. Bereits im Dezember 2011 kündigte die Bruderschaft eine Parteigründung an und wurde von ihren Schwesterorganisationen aus Tunesien (Ennahda) und Ägypten (Freiheits- und Gerechtigkeitspartei) öffentlich unterstützt. Schließlich gründete sich die Partei am 3. März 2012 mit Versammlungen in 18 libyschen Städten, an denen angeblich 1.200 Delegierte teilnahmen. Für die Wahlen stellte die Partei die meisten Kandidaten (73) auf. Der Parteivorsitzende Muhammad Sawan aus Misrata war unter der Gaddafi-Regierung lange politischer Gefangener. Die Muslimbrüder sind nicht im Nationalen Übergangsrat vertreten, errangen aber bei den Lokalwahlen in Bengasi auf Anhieb 48 Prozent der Stimmen.

Die Nationale Versammlung für Freiheit, Gerechtigkeit und Entwicklung (al-Tajammu' al-Watani min ajl al-Hurriya wal 'Adala wal Tanmiya) wurde von dem islamischen Geistlichen Dr. Ali Sallabi aus Bengasi gegründet. Die Organisation pflegt enge Beziehungen zum Königreich von Qatar, dem Ausstrahlungsort von Al-Jazeera, wo Ali Sallabi auch die vergangenen zehn Jahre verbrachte. Während der Krieges organisierte er die Arbeit des qatarischen humanitären Hilfswerkes in Libyen. Die Organisation ist nicht im NTC vertreten und kritisiert dessen Arbeit als „extrem säkular“.

Vertreter der Libyschen Islamischen Kampfgruppe, die in den 1990er Jahren mit britischer Unterstützung einen bewaffneten Kampf gegen die Gaddafi-Regierung führte, gründeten Mitte Mai 2012 die Heimat-Partei (Hizb al-Watan). Ihr führender Geistlicher, Abdel Hakim Belhaj, leitet inzwischen den Militärrat der Hauptstadt Tripolis, wo er auch als Kandidat antritt. Medienberichten zufolge kämpfte Abdel Hakim Belhaj bis 1992 als Mudjaheddin in Afghanistan gegen die sowjetische Armee und gründete nach seiner Rückkehr nach Libyen die Libyan Islamic Fighting Group (LIFG). Nach deren Zerschlagung 1998 kehrte er nach Afghanistan zurück und soll dort enge Kontakte zu Taliban-Chef Mullah Omar gehabt haben. Im Jahr 2004 wurde er angeblich von der CIA entführt und verbrachte längere Zeit in deren Geheimgefängnissen, bevor er an Libyen ausgeliefert wurde. Dort war er bis 2010 in Haft. Die Heimat-Partei wird von bekannten salafistischen Geistlichen unterstützt. Auf die Libysche Islamischen Kampfgruppe geht auch eine vierte islamistische Partei, die Zentrum-Nation Partei (Hizb al-Ummah al-Wasat) von Sami Mustafa al Saadi zurück.

SÄKULÄRES SPEKTRUM

Nur wenige Parteien in Libyen grenzen sich ausdrücklich von religiösen, speziell islamischen Argumenten ab. Die Demokratische Partei mit ihrem Vorsitzenden Ahmed Shebani setzt sich ausdrücklich für ein säkulares Libyen ein und [fordert die Trennung von Staat und Religion](#), im Gegensatz etwa zur vom libyschen Physiker Sedeg Karim gegründeten Demokratischen Nationalpartei. Als eine der wenigen Parteien in Libyen ruft die Demokratische Partei nicht nur dazu auf, den radikalen Islamismus zu bekämpfen, sondern thematisiert auch offensiv Antisemitismus und die Situation der in Libyen lebenden Juden. Die Partei unterstützt zwar den NTC, greift aber den ehemaligen Vorsitzenden der Übergangsregierung, Mahmoud Jibril, offensiv an. Sie wird von mehreren westlichen Think Thanks wie dem Club of Madrid, der Gorbatschow-Stiftung und der Westminster-Stiftung unterstützt. Ihre politische Basis in Libyen lässt sich bisher nicht einschätzen.

Das gilt auch für den Versuch, eine Sozialdemokratische Partei zu gründen. Für dieses Projekt tritt bisher Issa Ashour Abu Dayya auf, wobei er sich in seinen Erklärungen hauptsächlich auf die Unterstützung der nationalen Minderheiten bezieht. Deren Vertreter haben eine eigene Interessensvertretung, den Libyschen Amazigh Kongress, gegründet und den Nationalen Übergangsrat verlassen. Außerdem existiert ein breites Spektrum an außerparlamentarischen Kräften, Kleinstparteien und sozialen Bewegungen, die im Wahlgang unterschiedliche parteipolitische Projekte unterstützen.

WIRTSCHAFTLICHE SITUATION

Gegenüber der Ausgangslage hat sich die Versorgungssituation der Bevölkerung durch den Bürgerkrieg und die ausländische Intervention drastisch verschlechtert. Mit dem offiziellen Ende der Kämpfe im Oktober 2011 waren größte Teile der öffentlichen Infrastrukturen zusammengebrochen. Die Auszahlung von Löhnen und Gehältern an öffentliche Angestellte und Mitarbeiter staatlicher Unternehmen (67 Prozent der Beschäftigten) war nicht möglich, selbst die Zahlungen an die Milizen wurden im April 2012 nach Betrugs- und Korruptionsfällen eingestellt. Dem Übergangsrat gelang es relativ schnell, die außenwirtschaftlichen Beziehungen wieder herzustellen. Seit Januar 2012 importierte bspw. Deutschland ca. 2,7 Millionen Tonnen Rohölimporte aus Libyen, das Land ist gegenwärtig nach Angaben des [Bundesministerium für Wirtschaft und](#)

[Technologie \(BMW\)](#) viertwichtigster Lieferant für Deutschland. Auch der bilaterale Handel mit Deutschland nimmt schnell wieder zu: So konnten deutsche Unternehmen im ersten Quartal Waren im Wert von ca. 150 Mio. Euro nach Libyen exportieren.

ÖLPRODUKTION UND AUSLANDSVERMÖGEN

Nach unterschiedlichen Angaben betrug die Förderung von Erdöl und Erdgas bis zum Jahr 2011 etwa 60 Prozent des libyschen BIP, alle anderen Wirtschaftsbereiche spielen eine untergeordnete Rolle. Für Europa hat das libysche Erdöl aufgrund seiner guten Qualität und der geographischen Nähe der Förderung eine zentrale Bedeutung.

Auf dem Höhepunkt der Kämpfe im Sommer 2011 erreichte die Ölproduktion ihren Tiefpunkt: Die Tagesförderung brach auf gerade mal drei Prozent der Vorkriegsleistung ein. Insgesamt reduzierte sich die Wirtschaftsleistung des Landes im Jahr 2011 um 61 Prozent.

Welche Einkommen dem Übergangsrat aus den Ölgeschäften aktuell zur Verfügung stehen, ist nicht bekannt, auch die Verteilung öffentlicher Gelder wird nicht transparent gehandhabt, so ein verbreiteter Vorwurf an den NTC. Nach Angaben der durch die Rebellen [neu gegründeten National Oil Corporation \(NOC\)](#) lag die Förderung im Mai 2012 nur noch geringfügig unter dem Vorkriegsniveau. Laut [Ölminister Omar Shakmak](#) beläuft sich die täglichen Förderquote auf 1,6 Millionen Barrel (1,7 Millionen Barrel im Februar 2011).

Im Widerspruch zu diesen Angaben der NOC steht die Tatsache, dass viele internationale Konzerne ihre Produktion in Libyen gerade erst wieder aufnehmen. Zwar informierten einzelne Unternehmen, die ihre Produktion auch während des Krieges aufrechterhielten bzw. ihre Mitarbeiter weiter bezahlten, wie etwa [die deutsche BASF-Tochter Wintershall](#), in Kürze wieder das Vorkriegsniveau der Produktion zu erreichen. Andere, etwa RWE-Tochter Dea, haben ihre Ölförderung in Libyen noch nicht wieder aufgenommen. Man warte immer noch auf eine Einigung mit den lokalen Behörden auf die Struktur des Projekts, so der Konzern. Auch ConocoPhillips und Exxon Mobil aus den USA sowie British Petroleum kündigten eine Wiederaufnahme ihrer Produktion erst Ende Mai 2012 an. Nach Neuverhandlungen der Verträge mit der NOC fördert BP an 17 Bohrlöchern, unter anderem wird das Unternehmen die fünf Offshore-Bohrungen im Mittelmeer fortsetzen, die der Konzern bereits seit dem Jahr 2010 erschließt.

Gegenwärtig versucht der Übergangsrat intensiv die eingefrorenen libyschen Auslandswerte unter seine Kontrolle zu bekommen, die auf bis zu 160 Milliarden Dollar geschätzt werden. Beispielsweise bemühen sich Vertreter der offiziellen libyschen Investmentbehörde, ihre Anteile an internationalen Großbanken aufzustocken, um ihre Vertreter in die Aufsichtsräte und damit Entscheidungshoheit über im Ausland beschlagnahmte Werte zu bekommen. Dabei handelt es sich um Aktienbeteiligungen, Immobilien und Bankkonten, die sich nach Angaben des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) direkt auf die Familie Gaddafi zurückführen lassen. Dem Zugriff des Übergangsrates stehen dabei sowohl das Bankrecht entgegen, da sich die Angehörigen der Familie mit allen Mitteln gegen eine Enteignung wehren, zum anderen erkennt die Übergangsregierung den IStGH nicht an. Libyen verweigert die Überstellung von Saif al Islam und seines Schwagers Abdullah al Senussi nach Den Haag. Seit Anfang Juni hielten die Milizen in der Provinz Sirtan sogar vier Mitarbeiter des IStGH gefangen, die mit der Verteidigung von al Islam beauftragt sind.

PREKÄRE SICHERHEITSLAGE

Noch am 17. Juni, kurz vor dem ursprünglich vorgesehenen Wahltag, brachte Ian Martin, der Leiter der UNSMIL, seine [Besorgnis über die eskalierenden kriegesischen Auseinandersetzungen](#) in zahlreichen libyschen Städten zum Ausdruck. In den letzten Monaten kam es vor allem im Nordwesten und im Süden des Landes zu länger andauernden Kämpfen, wohingegen der Osten mit seiner informellen Hauptstadt Bengasi relativ ruhig zu sein scheint.

Da die Stadt über einen gut funktionierenden lokalen Übergangsrat verfügt, an dem auch starke zivilgesellschaftliche Kräfte beteiligt sind, gestaltet sich das öffentliche Leben in Bengasi stabiler als in allen anderen Landesteilen. Trotzdem kommt es auch hier regelmäßig zu gewalttätigen Übergriffen: In den vergangenen Tagen stürmten Bewaffnete das Büro der regionalen Wahlkommission, Anfang Juni wurden der Konvoi des britischen Botschafters, das Konsulat der USA und der Sitz des Internationalen Roten Kreuzes angegriffen, mehrmals wurden Amtsträger auf offener Straße ermordet. Die Übergriffe lassen sich sowohl militanten Islamisten als auch Anhängern einer regionalen Autonomie zuordnen.

Neben der lokalen Selbstverwaltung residiert in Bengasi auch der Übergangsrat für die Ostregion, die Cyrenaica. Die Region war in der Geschichte mehrmals selbständig regiert und beherbergt den größten Teil der Öl- und Gasvorkommen Libyens. Bereits Anfang März 2012 erklärte der Cyrenaica-Übergangsrat das Gebiet für autonom, was landesweit eine Welle von Protesten auslöste. Mit ihrer Autonomie-Erklärung erhoben die Separatisten zudem Anspruch auf Teile der Südregion Fezzan. Im Zentrum der Autonomie-Bestrebungen steht der Vorsitzende des Regionalrates, Ahmed al Senussi, der Großneffe des durch die aufständischen Offiziere um Gaddafi gestürzten Königs Idris Senussi. Dessen Familien regierte die Region, bis sie 1951 im unabhängig gewordenen Libyen aufging.

In den westlich gelegenen Städten Sirtan, Misrata und Tripolis ist die Situation jedoch deutlich dramatischer als im Osten des Landes. Der Nationale Übergangsrat kontrolliert in der Hauptstadt Tripolis nur einen kleinen Teil des Stadtgebiets, das Umland, die Außenbezirke und die Infrastruktur befinden sich unter der Kontrolle von etwa einem dutzend unterschiedlicher Milizen, die sich nicht in die neue nationale Armee eingliedern lassen wollen. Schätzungen zufolge stehen alleine in Tripolis den 8.000 Mitgliedern der regulären durch den NTC gegründeten Armee 24.000 Milizangehörige gegenüber. Anfang Juni besetzte beispielsweise die Al-Awfiya-Brigade den internationalen Flughafen von Tripolis, um gegen das „Verschwinden“ ihres Kommandanten Bu Jalil Hibshi zu protestieren. Nach tagelangen Gefechten erzwang nicht etwa die Armee des NTC einen Rückzug, sondern aus Sirtan und Misrata angerückte konkurrierende Milizen.

Die etwa 100 Milizen im Westen des Landes haben sich im Februar 2012 im Rahmen eines Abkommens zu einem Westlibyschen Militärrat zusammengeschlossen. Im Westen des Landes, dem Nafusa-Gebirge, sowie im Süden, in den Städten Sabha und Kufra, herrscht seit inzwischen mehreren Wochen offener Krieg zwischen den Milizen und der lokalen Bevölkerung. In allen drei Fällen ist die Auseinandersetzung sehr stark ethnisiert: Die Volksgruppen Warfalla, Toubou, die Gaddafa, die Tarhuna und Mashashiya gehören nicht der arabisch-islamischen Bevölkerungsmehrheit an. Während sie unter Gaddafi bevorzugtes Ziel der panafrikanischen Integrationspolitik waren, gehören sie nun zu den Opfern des in der libyschen Bevölkerungsmehrheit historisch tief verankerten Rassismus. Dabei mischen sich Vorwürfe über die angebliche Privilegierung unter der alten Regierung, Racheaktionen für angebliche Vorfälle während des Krieges im letzten Jahr

und ethnisch-religiöse Diskriminierung. Ausgangspunkt für die aktuelle Welle von Kämpfen war beispielsweise, dass Milizen aus Misrata ein Massaker an Bürgerkriegsflüchtlingen in den Städten Tawergha und Janzur begingen, das angeblich eine Vergeltung für das Engagement der dortigen Bevölkerung während der Belagerung von Misrata war. 30.000 Menschen flüchteten aus Tawergha, die Stadt ist unbewohnt zurückgeblieben. Die bis heute andauernden Kämpfe im Nafusa-Gebirge brachen aus, als NTC-Milizen aus Sintan versuchten, Stammesangehörige der Mashashiya-Minderheit zu verhaften.

Eine besonders drastische Situation bietet sich in den durch die Milizen betriebenen Haftzentren im gesamten Land. Nach übereinstimmenden [Berichten von Journalisten](#), aber auch von [amnesty international](#) (ai) und [Human Rights Watch](#), werden dort fast ausschließlich Menschen mit dunkler Hautfarbe festgehalten. Bei den Opfern handelt es sich zumeist um Arbeitsmigranten aus der Subsahara. Folter und willkürliche Tötungen sind weit verbreitet, zahlreiche prominente Unterstützer von Gaddafi starben in Haft. Als Konsequenz auf eine Untersuchung, bei der ai-Mitarbeiter in zehn von elf Haftzentren Opfer von Folter vorfanden, richtete die Organisationen einen umfangreichen [Maßnahmenkatalog an den NTC](#), in dem gefordert wurde, „umgehend unabhängige, unparteiische und effektive Untersuchungen zu allen Folttervorwürfen und Vorwürfen zu grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung oder Strafe durchführen“.

Der Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung in Libyen hat inzwischen deutlich erkennbare Auswirkungen über das Land hinaus. In den vergangenen Wochen wurden zahlreiche Fälle von versuchtem Waffenschmuggel bekannt, wobei davon auszugehen ist, dass es sich dabei nur um einen winzigen Ausschnitt des gesamten Problems handelt. Die tunesische Luftwaffe bombardierte Ende Juni eine LKW-Kolonnen, die versuchte, Waffen über die Grenze in Richtung Algerien zu transportieren. An der ägyptischen Grenze entdeckten die Behörden vor wenigen Tagen ein großes Waffenlager, das angeblich für den Gazastreifen bestimmt gewesen sein soll. Die libanesische Marine brachte ebenfalls im Juni ein mit Waffen beladenes Schiff aus Libyen auf, das schwere Waffen an die „Freie Syrische Armee“ liefern sollte. Für die etwa 20.000 Boden-Luft-Raketen, die während des Bürgerkriegs aus Beständen der libyschen Armee verschwunden sein sollen, haben die USA ein verdecktes Aufkaufprogramm mit 40 Millionen Dollar ausgestattet, um zu verhindern, dass die Waffen sich unkontrolliert ausbreiten.

MÖGLICHE ENTWICKLUNGSWEGE NACH DEN WAHLEN

Von den am Samstag stattfindenden Wahlen sind zwar keine unmittelbaren Veränderungen für die Situation in Libyen zu erwarten, allerdings stellen sie einen ersten Schritt zur Entwicklung einer repräsentativen parlamentarischen Demokratie dar. Interessant wird zunächst, wie sich die verschiedenen Fraktionen der libyschen Politik auf die Mandate für die politischen Listen verteilen werden. Sicher ist, dass die Allianz Nationaler Kräfte um Mahmoud Jibril als Vertreter des traditionellen Machtblocks der libyschen Politik einen entscheidenden Einfluss auf die weitere Entwicklung des Landes nehmen werden. Auch die Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei wird aller Voraussicht nach erfolgreich abschneiden, wobei abzuwarten bleibt, wie sich das intern zerstrittene islamische Lager in der Nationalversammlung zusammensetzt. Beide Lager verfolgen einen außenwirtschaftlich orientierten, wirtschaftsliberalen Kurs. Sie unterscheiden sich vor allem durch ihre globalen Bezüge: Während die ehemaligen Kabinettsmitglieder des Gaddafi-Regimes Jibril, Issawi und Jalil stark auf die USA und Europa ausgerichtet sind,

untersützen die islamischen Parteien eher ein regionales Hegemonie-Projekt der konservativen Golf-Regimes in Saudi-Arabien und Quatar.

Deutlich ist bereits jetzt, dass diese Wahlen kaum darauf angelegt sind, die regionalen Spannungen und Unterschiede im Land zu überwinden, da der größte Teil der Nationalversammlung von Vertretern regionaler Interessen besetzt sein wird. Zwar befinden sich die Vertreter regionaler Autonomien gegenwärtig in der Minderheit, aber der weitere Verlauf des Bürgerkrieges im Westen und Süden des Landes hat auf die Entwicklung regionaler Spannungen ebenso Einfluss wie die wirtschaftliche Situation.

Der Nationale Übergangsrat hat es in den vergangenen Monaten geschafft, die gegenläufigen oder konkurrierenden Interessen in der libyschen Gesellschaft teilweise zu integrieren. Mit der erfolgreichen Durchführung der Wahlen und der schnellen Wiederherstellung der wirtschaftliche Aktivitäten kann der NTC zudem zwei wichtige politische Erfolge vorweisen. Wenn es aber nicht gelingt, die Milizen in eine zentralisierte und verrechtlichte Sicherheitsarchitektur einzubinden, bleibt die Gefahr einer zumindest teilweisen Somalisierung des Landes bestehen.